

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden  
Fernsprecher-Gesamtnummer: 33941  
Für die Nachschreiberei Nr. 20011  
Schlüsselnummer u. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden - K. 1, Westendstraße 28/29

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,40 RM. (einschl. 80 Wfg. für  
Erlaubnis), durch Postweg 3,40 RM. (einschl. 80 Wfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr  
bei Postzustellung) und 10 Wfg. Anzeigenerwerb), außerhalb Dresdens 15 Wfg. Anzeigenerwerb;  
Die einseitige 30 mm breite Seite 35 Wfg., für auswärts 40 Wfg. Familienansetzen und  
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wfg., außerhalb 25 Wfg., die 30 mm breite Anzeigenseite 200 Wfg.,  
außerhalb 250 Wfg. Offertengebühr 30 Wfg. Kautionsfreie Beiträge gegen Vorauszahlung

Draht u. Verlag: Leipzig & Reichardt,  
Dresden, Holstei.-Str. 10/12 Dresden  
Nachr. Nr. 20011, Hauptgeschäftsstelle  
Dresden, Holstei.-Str. 10/12, Universitäts-  
Schreiberei werden als Außenbüros

## Eine neue Revisionsforderung Mussolinis

### Für eine offene Politik ohne Vorbehalte

Rom, 27. Okt. Das neunte Jahr faschistischer Zettrech-  
nung, das mit dem 28. Oktober, dem Jahrestag des Marsches  
auf Rom, beginnt, leitete Mussolini am Montag mit einer  
großen Rede vor den Führern des Faschismus ein. Heute  
wie nie, so erklärte Mussolini, gelte die Formel: Die ganze  
Macht dem Faschismus und ausschließlich dem Faschismus.

Seine Sommerreden hätten den Zweck gehabt, dem  
schweigenen Europa, das in Genf vom Frieden rede  
und dabei überall den Krieg vorbereite, die Maske ab-  
zureißen.

Diese Reden wurden als Kriegserklärung gewertet, aber  
man vergaß, daß jene Gruppen und Parteien seit acht Jahren  
den Krieg gegen die faschistische Herrschaft führen. Was für  
Lügen sind in der ganzen Welt gegen die faschistische Herr-  
schaft verbreitet worden! Ist das, was nach der Hinrich-  
tung in Triest geschah, nicht ein Beweis dafür, daß der Krieg  
gegen den Faschismus tatsächlich geführt wird?

Bald wird man auch von uns behaupten, daß wir den  
Kindern die Hände abschneiden, wie man es von den  
Deutschen im Jahre 1914 behauptete, trotzdem von  
diesen verstrümmelten Kindern jede Spur fehlt.

Wir kämpfen gegen eine untergehende Welt, die jedoch noch  
die mächtige Vertreterin gebundener Interessen ist. Es ist  
spannend, daß dieser geistige Kriegszustand besteht und sich  
verschärft, denn wenn es nicht so wäre, wäre der Faschismus  
schon überwunden. Inzwischen werden neben dem geistigen Krieg  
die Vorbereitungen des materiellen Krieges an unseren Grenzen  
beschleunigt. In den Alpen, die Sie hier sehen, sind Tag  
für Tag die militärischen Vorbereitungen aufgezogen, die seit  
1927, also lange vor meinen Reden von Livorno, Florenz und  
Mailand, gegen Italien unternommen worden sind. Hier ist  
die Spitze der aufgestellten Batterien, der errichteten Forts, der  
vorbereiteten und angelegten Armierungen. Könnte ich noch  
länger warten, um das italienische Volk wahrzurufen? Das  
faschistische Italien wird in dem Maße rüsten, wie alle rüsten.  
Es wird abrücken, wenn alle abrücken. Ich wiederhole, daß  
solange es Kanonen gibt, sie scharf sein werden, als die  
Schönheit, aber oft leeren Worte. Es soll durchaus klar sein,  
daß wir materiell und geistig rüsten, um uns zu verfeindigen,  
nicht um anzugreifen.

Das faschistische Italien wird niemals die Initiative zu  
einem Kriege ergreifen.

Auch unsere Politik der Revision der Verträge, die nicht von  
Gestern datiert, sondern schon im Juni 1928 in Aussicht ge-  
nommen wurde, ist darauf gerichtet, einen Krieg zu verhindern.  
Die Revision der Friedensverträge liegt nicht im  
hauptsächlich italienischen Interesse, sondern im Inter-  
esse Europas und der Welt. Das ist nicht sinnlos ober-  
andurchführbar, da diese Revisionsmöglichkeit auch im

Völkerverbundspakt vorgesehen ist. Sinnlos ist nur die Be-  
hauptung der Unverletzlichkeit der Verträge. Wer verletzt  
den Völkerverbundspakt? Diejenigen, die in Genf zwei Kate-  
gorien von Staaten geistlichen haben und für alle Gewalt  
aufrechterhalten wollen: nämlich bewaffnete und waffenlose.  
Welche juristische und moralische Gleichberechtigung kann  
zwischen einem Bewaffneten und einem Waffenlosen bestehen?

Wie kann man wollen, daß diese Komödie endlos weiter-  
geht, wenn die Hauptdarsteller selbst anfangen, ihrer Müde  
zu werden?

Auf die italienische Donaupolitik übergehend, erklärte  
Mussolini: Diese Politik ist durch Lebensnotwendigkeiten  
diktiert. Wir suchen unser Gebiet bis zum letzten auszu-  
nützen, aber es wird bald mit der stets wachsenden Bevölke-  
rung gesättigt sein. Im Jahre 1950 wird Italien in einem  
ungeheuer gealterten Europa die einzige junge Nation sein.  
Nur nach Osten kann sich unsere friedliche Ausdehnung rich-  
ten. Unsere Freundschaften und Bündnisse sind daher leicht  
verständlich. Diese Freundschaften und Bündnisse haben  
heute einen absoluten Wert.

Wir treiben eine offene Politik ohne Versteckung und ohne  
heimliche Vorbehalte. Eine von uns übernommene Ver-  
pflichtung ist heilig, was auch kommen möge.

Der Satz, daß der Faschismus kein Ausfahrtsartikel sei,  
bedarf der Korrektur. Denn der Faschismus als Idee und  
Doktrin der Leistung ist universell. Italienisch in seinen  
Einrichtungen, universell dem Geiste nach. Man kann also

#### ein faschistisches Europa

denken, ein Europa, das seine Einrichtungen auf der Doktrin  
und der Praxis des Faschismus aufbaut, d. h. ein Europa,  
das im faschistischen Sinne das Problem des modernen  
Staates löst, der ganz verschieden ist von den Staaten, die  
vor 1789 bestanden oder sich später bildeten. Der Faschismus  
hat heute universellen Charakter; denn er hat das dreifache  
Problem der Beziehungen zwischen Staat und Individuum,  
zwischen dem Staat und den Gruppen, sowie der Beziehungen  
zwischen den Gruppen gelöst. Der Faschismus wird immer  
leben. Es wird noch viel Zeit nötig sein, um den Geist des  
italienischen Volkes zu erneuern.

Mussolini gab dann den Faschisten die  
Kampfpapier für das neunte Jahr

des Faschismus, in dem er Glauben, Mannesmut, Ehrlichkeit,  
Opferbereitschaft und Brüderlichkeit forderte, und sagte  
weiter: Das faschistische Italien ist eine ungeheuer große  
Region. Niemand vermag sie aufzuhalten. Niemand wird  
sie aufhalten. Dies ist die Vorstadt für das morgen be-  
ginnende neunte Jahr der faschistischen Ära.

### Wandlungen eines Anpolitischen

Thomas Mann, der Wandelbare, hat sich wieder einmal  
gewandelt. Seitdem die Demokratie sich in die Staatspartei  
gestürzt hat, um auch da zu sehen, daß ein neues Firmen-  
schild den Konkurs eines alten Ladenhüters nicht aufhält, der  
in der Zeit der französischen Revolution vor 140 Jahren  
modern wurde und den wir uns dann durch die Entente-Staats-  
männer und den 14-Punkte-Wilson aufschwären ließen, wen-  
den sich die letzten Vertreter des demokratischen Gedankens  
dorthin, wohin sie gehören, zur Sozialdemokratie.  
Koch-Weser wenigstens, der sich im neuen Reichstag Koch-  
Reichsliste hätte nennen müssen, weil er seinen früheren  
Wahlkreis mehr fand, hat aus der Auflösung seiner Partei  
„tief erschüttert“ die richtigen Konsequenzen gezogen und sich  
in die Stille des Privatlebens gegeben. An seine Stelle trat  
dann in den Reichstag der ehemalige junge Volkspartei-  
Dr. Winkler, der sich soeben — wenigstens nach dem  
Zeugnis ehemaliger junger Staatspartei, und die müssen  
es doch wissen, — gleichfalls enttäuscht von der Staatspartei  
zurückziehen wollte, als ihn das Mandat vor allen Zweifeln  
rettete. So blieb noch das Fährlein der letzten aufrechten  
Demokraten, die sich mit fähigem Sprung in die Arme  
des großen roten Bruders retteten. Voran Erzelena, der  
Gesellschaftssekretär, der bekannte, es sei gar nicht so  
schlimm, Marxismus verlange man bei den Sozialdemokraten  
nicht, ja, er habe nicht einmal umlernen müssen. Selbstver-  
ständlich ging der Ultrazivilisierte Quibde mit seinem Anhang  
den gleichen Weg.

Ran hat sich als letzter Thomas Mann zur Sozialdemo-  
kratie bekannt. In einer Rede in Berlin, die er „Appell an  
die Vernunft“ nannte. Das Tragische daran ist nur, daß  
sich Thomas Mann immer dann zu einer politischen Ge-  
staltung bekennt, wenn sie, allerdings dem politischen Leben  
noch nicht offenbar, bereits den Todeskeim in sich trägt. Bis  
zum Umsturz war der Romaner überzeugt vom konservati-  
ven Gedanken und Antidemokrat durch und durch. Ganz  
wie das offizielle Deutschland. Aber schon damals hatte er  
Pech mit seinen politischen Bekenntnissen. Denn als seine  
„Betrachtungen eines Anpolitischen“ 1918 erschienen, in denen  
Herr Mann die mutigen Worte schrieb: „Konservativ und  
national, das ist ein und dasselbe — so wahr, wie demo-  
kratisch und international ein und dasselbe ist... Demokratie  
ist an und für sich etwas Undeutsches, Widerdeutsches... Die  
Vermengung der demokratischen mit der nationalen Idee ist  
eine intellektuelle Unreinlichkeit“ —, da schien das wie ein  
kühner Protest gegen den Novemberputz. Man sollte aber  
schon eines Besseren belehrt werden. Es hätte dazu nicht der  
scharfe Angriff seines Inskribierten Bruders Heinrich  
Mann bedurft, der ihn, Thomas, einen politischen Streber  
nannte, der nur den einen Ehrgeiz habe, deutscher National-  
dichter zu werden. Bald nämlich, als die Demokratie in  
Deutschland Siegerin geworden war, reuten Herr Thomas  
Mann seine antideutschen Worte gar sehr. Er ging in sich,  
und siehe, in der Neuaufgabe der Betrachtungen fand sich sein  
Ziel mehr für konservative Staatsgestaltung und gegen die  
„undeutsche Demokratie“. Jetzt war nationale Gefinnung  
und Demokratie eins, was ein wenig vorher Herr Thomas  
Mann selbst eine intellektuelle Unreinlichkeit genannt hatte.  
Doch Mann tat noch mehr, um zu beweisen, daß er ein demo-  
kratischer Paulus geworden sei. Antidemokratische Stellen zu  
streichen genügt nicht. Die Demokratie erwartet positive  
Taten. Mann legt deshalb ein feuriges Bekenntnis für die  
neue Idee ab. 1922 erklärte er der erstaunten Welt, sein  
Vorjahr sei von nun an, seine Mitbürger zu gewinnen für  
das, was Demokratie genannt wird. Denn die Demokratie  
„macht des Landes geistige Spitzen der Nation sichtbar“.  
Man denke an seinen, von seinem Bruder „als unheimlich po-  
lemisch“ bloßgelegten Ehrgeiz, deutscher Nationaldichter zu  
werden. Aber Thomas legte noch mutigere Bekenntnisse für  
seine demokratische Gefinnung ohne Vorurteil ab. Er legt  
sich zunächst für den kommunistischen Vordenker Hölz ein,  
hinter dem sich soeben die Justizhausmauern geschlossen haben.  
Fordert im Namen der Menschlichkeit jedes rasche Beendigung.  
Denn der arme Hölz sei ein Edelmann, wie man ihn  
selten finde. Jedenfalls zu schade, um im Justizhaus zugrunde  
zu gehen. Unterdessen erfreut sich Hölz wieder der goldenen  
Freiheit und bewahrt sein Edelmannsentum darin, daß er  
den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie führt. Schade, daß  
man das Experiment nicht riskieren kann, zu erfahren, ob  
er vor dem Bourgeois Mann haltmachen würde, wenn er,  
an die Macht gekommen, daran ginge, die deutsche Intelligenz  
nach russischem Vorbild mit dem berückelnden Revolverstich  
in den Hinterkopf auszuröten. Während Herr Mann Hölz in  
seinem gepflegten Stil feierte, hat er allerdings für  
deutsche Nationalhelden jedes Gefühl verloren. Die Ocean-  
begleiter Kohl und v. Dänneberg beschimpfte er, als sie von  
Amerika zurückkehrten, öffentlich als „Liegertöpfe“, und er-  
regte damit die ungeheure Entrüstung aller Deutschen, die  
nicht vom Zivilisationsliteratentum angekränfelt sind. Wun-  
dern wir uns also, wenn Herr Mann nach dem Bankrott der  
Demokratie sich zur Sozialdemokratie bekennt? Der Anpo-  
litische war mit solcher Schimperei allerdings reich für sie ge-  
worden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß er sich jetzt  
dafür einsetzt, daß der Plag des deutschen Bürgertums heute  
an der Seite der Sozialdemokratie ist. Ausgerechnet in  
einem Augenblick, in dem die Sozialdemokratie von einem

## Wirths Kriegserklärung an Braunschweig

### Einstellung der Polizeikostenzuschüsse?

#### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Okt. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth,  
offenbar befehlend der Absicht, jede Länderregierung, an  
der die Nationalsozialisten beteiligt sind, zu beschließen, hat  
auch dem Lande Braunschweig den Krieg erklärt.

Er hat nämlich der braunschweigischen Regie-  
rung ein kurz und bündig gehaltenes Schreiben zugehen  
lassen, in dem er ohne jede Begründung mitteilt, daß er  
sich die Entscheidung darüber, ob an Braunschweig künftig  
noch die Polizeikostenzuschüsse gezahlt würden,  
vorbehalten müsse.

An Berliner amtlicher Stelle kann man dazu noch er-  
fahren, daß der Vertreter Braunschweigs in Berlin, mit dem  
in letzter Zeit eingehendere Verhandlungen gepflogen worden  
sind, in der Lage sei, seiner Regierung nähere Mitteilungen  
zu machen. Während sich Dr. Wirth geniert, in seinem  
Schreiben einen Grund für sein Vorgehen anzugeben,  
ein Verbot, daß die allerhöchste Kritik herausfordern  
muss, denn die Regierung eines deutschen Landes darf ja vom  
Reichsinnenministerium schließlich nicht wie eine Art Regier-  
kolonate behandelt werden, weisen die offiziellen Kommenta-  
toren darauf hin, daß die eventuelle Sperrung der Polizeikosten-  
zuschüsse mit dem

#### „Fall Franzen“

zusammenhänge. Die Angelegenheit, auf die hier angespielt  
wird, ist ja noch genügend in Erinnerung. Daß die braun-  
schweigische Regierung aus ihr keine Haupt- und Staatsaktion  
im Sinne des Herrn Dr. Wirth macht, nimmt dieser nun  
zum Anlaß, das Land Braunschweig mit Krieg zu überziehen.  
Wenn man bedenkt, daß Dr. Wirth mit dem Lande  
T h ü r i n g e n in dauerndem Kriegszustand lebt, so kann man  
nicht urteilen, aus der Tatsache, daß er jetzt noch einem zweiten  
deutschen Lande den Feindehandschuh hinwirft, zu schließen,  
daß es sich hier um ein systematisches Vorgehen  
handelt.

Diese Vermutung wird noch dadurch bestätigt, als jetzt  
in demokratischen Blättern ganz offen zugegeben wird, daß  
der von Dr. Wirth ins Reichsinnenministerium berufene  
frühere Preiseskel Dr. Spieder  
die Aufgabe habe, zwischen dem Reichsinnenministerium und  
dem preussischen Innenministerium gewisse Vereinbarungen

zur gemeinsamen Bekämpfung der Nationalsozia-  
listen herbeizuführen. Wenn man auch die offenerberge  
Form, in der hier von dem demokratischen Parteiführer  
von einem Geheimnis gesprochen wird, das allerdings allen Ein-  
geweihten längst bekannt war, bemängelt, so wird die Nach-  
richt als solche doch keineswegs dementiert. Es wird sogar  
angegeben, daß Herr Spieder tatsächlich den Auftrag er-  
halten habe, eine „eingehende Prüfung der Unter-  
suchung der radikalen, staatsfeindlichen Verbrechen“ vor-  
zunehmen, wobei sich ein Zusammengehen mit den zuständigen  
preussischen Behörden „von selbst versteht“. Daß Dr. Wirth nicht der Mann ist, sich mit rein akademischen  
Prüfungen und Untersuchungen abzugeben,  
ist hinlänglich bekannt. Deswegen dürfte sich auch Herr Dr.  
Spieder keineswegs in tiefergründige Untersuchungen  
stürzen, und diejenigen, die da behaupten, daß Dr. Spieder  
weiter nichts solle, als

#### eine Art grohangelegte Spitzelzentrale

aufzubauen, dürften mit dieser Behauptung kaum daneben-  
treffen. Wirths Vorgehen, Severings Ernennung, der Auf-  
trag des auf Privatdienstvertrag angestellten Dr. Spieder,  
all das zeigt, daß man entschlossen ist, auf breiterer  
Front gegen den Nationalsozialismus vor-  
zugehen. Wenn in diesem Kampfe schließlich der Sieg ausfallen  
wird, das ist eine Frage, über die man gerade im Reichsinnen-  
ministerium etwas angestrengter nachdenken sollte.

### Antrag auf Aufhebung der Immunität Dr. Franzens

Berlin, 27. Oktober. Wie der Antische Preussische Presse-  
dienst mitteilt, hat der preussische Justizminister auf den Bericht  
des Generalstaatsanwalts beim Landgericht I Berlin beim  
Reichsminister des Innern beantragt, die Genehmigung des  
Reichstags zur Strafverfolgung seines Mitgliedes, des braun-  
schweigischen Ministers Dr. F r a n z e n wegen des Verabsen-  
den der Begünstigung herbeizuführen.

### Der Zentralvorstand der D.D.P. tagt am 30. Nov.

Berlin, 27. Oktober. Wie die „Nationalliberale Korre-  
spondenz“ mitteilt, hat der Parteivorstand der Deutschen  
Volkspartei in seiner Montagssitzung den Zentralvorstand der  
Partei auf Sonntag, den 30. November, einberufen.